

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19280828

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Zwei Urteile über Raft und Stresemann.

Deutsche Tageszeitung (deutschnational): „Anstatt endlich einmal offen auszusprechen, daß die deutsch-französischen Beziehungen an einem Wendepunkt stehen, daß Frankreich es in der Hand hat, zu bestimmen, wohin in Zukunft Deutschlands Weg geht, anstatt mit allem Nachdruck zu betonen, daß Friedenspolitik und Rheinlandsicherung, internationale Solidarität und Parteilosigkeit der besten Länder unvereinbar sind, sucht Stresemann die bestehenden Gegensätze zu bagatellisieren. Nach unserer Überzeugung konnte ein schwerer Fehler in diesem Augenblick gar nicht gemacht werden. Es wird so vollends

unverständlich, wozu der Außenminister nach Paris gefahren ist. Das Impediment des erstenmaligen Besuchs eines deutschen Ministers in Paris seit 100 Jahren ist so nutzlos verpielt worden.“

Vormärz: „Eine besondere Bedeutung erhält der Kellogg-Pakt nur für uns, sondern für die ganze Welt durch die Beteiligung der deutschen Regierung, durch die Annäherung des Reichsaussenministers Stresemann nach Paris.“

Stresemann hat Recht getan.

daß er nach Paris fuhr, um die grundlegende Veränderung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich vor aller Welt zu dokumentieren. Man kann sagen, daß der Kellogg-Pakt nur theoretische Friedensarbeit ist, aber seine Unterzeichnung durch Deutschland und Frankreich und die Bekundung der neu gewonnenen Einstellung durch die beiden Außenminister ist ein Stück praktischer Friedensarbeit.“

Keine Einberufung des Reichstages.

Der Vizepräsident des Reichstags hielt am Montag eine kurze Sitzung ab, um über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Erörterung des Panzerkreuzerbaues zu entscheiden. Der kommunistische Agitationsantrag wurde von keiner Seite unterstützt. Es bleibt daher bei den bisherigen Dispositionen, nach denen der Reichstag erst im Oktober oder November wieder zusammengetreten soll. Ueber den Panzerkreuzerbau selbst wurde sachlich nicht diskutiert. Auch die Frage wurde offen gelassen, ob der Reichstag etwa später noch einmal zu dem Bau des Panzerkreuzers Stellung nehmen soll.

Die abgelehnten 41 Millionen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet: Die Nachricht, daß der Reichsaussenminister im Verlauf der Kabinetsverhandlungen über den Panzerkreuzer eine Summe von 41 Millionen als Höchstbetrag aus dem Reichschatz zur Verfügung gestellt habe, obwohl diese Mittel bereits vor Monaten abgelehnt worden seien, ist — wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird — geradezu lächerlich und gehört in das Reich der Fabel. Der Betrag von 41 Millionen ist bereits unter der vorherigen Regierung vom Reichsaussenminister zur Verfügung gestellt worden und im letzten Bericht des Reparationsagenten ausgewiesen.

Ein Darlehen der Regierungskommission für St. Ingbert.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat der Stadt St. Ingbert 500000 Franken bewilligt, damit sie ihren notwendigen Verpflichtungen nachkommen kann. Im Bereiche der Stadtparkasse darf dieses Geld nicht verwendet werden, sondern lediglich zur Auszahlung der Beamtensgehälter, Arbeitslöhne und Gewerkschaftsunterstützung. Anträge auf Befreiung und dergleichen dürfen nicht davon befreit werden. Zahlreiche Handwerker und Geschäftleute der Stadt konnten am Sonntag ihre Arbeiter nicht entlassen, da sie von der Stadtparkasse keine Gelder erhalten konnten. Die Maschinenfabrik Rohrbach, die mit der Stadtparkasse St. Ingbert arbeitet, hat gestern ihre 80 Arbeiter entlassen und den Betrieb stilllegen müssen.

Staatssekretär Wegg ist plötzlich schwer erkrankt. Anscheinend handelt es sich um eine Virusinfektion infolge einer Infektion, da der linke Arm stark angeschwollen ist. Wegg wurde ins Polizeikrankenhaus gebracht. Vermutlich wird ein operativer Eingriff notwendig werden.

Ein- und Auswanderung.

Bechlüsse der Interparlamentarischen Union.

Berlin, 27. August. Heute erörterte die Konferenz Fragen der Ein- und Auswanderung. Der Berichterstatter Dr. Slavko Secera legte eine Entschließung vor, die den Wunsch ausdrückt, daß die Staaten

zweiseitige Verträge abschließen,

die geeignet sind, entgegengesetzte Ansichten zu veröhnen und die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Auswanderers sicherzustellen. Diese Verträge sollten besonders folgende Fragen regeln: 1. Einrichtung von nationalen und internationalen Auswanderungsbüros. 2. Zulassung der Auswanderer. 3. Schutz der Auswanderer, insbesondere der Vereinigung des Auswanderers und dergleichen Bestimmungen auf familiärer und kulturellem Gebiet mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-, Kinder- und Jugendbeschutzes, Kampf gegen Wucherhandel und Prostitution. 4. Regelung des Gesundheitspolizeis: Wohnungsverhältnisse, Kampf gegen die Einführung ansteckender Krankheiten und gegen den Mißbrauch schädlicher Rauschgifte usw. 5. Anwendung der Sozialgesetzgebung des Einwanderungslandes auf den Eingewanderten, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung. 6. Naturalisation. 7. Militärische Dienstleistungen.

Die Entschließung des Berichterstatters wurde mit einem ungetrübten französischen Ergänzungsvorschlag bei Enthaltung der Amerikaner angenommen. Die Aussprache war sehr bunt; den sozialen Gedanken und die gewerkschaftlichen Forderungen zum Ausdruck zu bringen, blieb dem deutschen Sozialdemokraten Robert Schmidt vorbehalten. Er bestritt vor allem

größere Schutz- und Kontrollmaßnahmen

in den Ländern mit Zustrom von Einwanderern, insbesondere müsse dafür gesorgt werden, daß für die Ausländer der gleiche Lohn wie für die Inländer gezahlt werde, damit ein ausländischer Lohndruck unterbleibe. Hier habe das internationale Arbeitsrecht bahnbrechend gewirkt und werde weiterhin weiter sich betätigen. Am Rande des Nachmittags hielt als Vertreter der schwarzen Rasse das Mitglied der französischen Deputiertenkammer, Candace, die Rede. Der hiesige Sozialdemokrat erwiderte sich als ein glänzender, temperamentvoller Redner, der seinen Vortrag in glatten, ausgezeichnetem Französisch hielt. Die Versammlung bereitete ihm mit wenigen Ausnahmen sowohl bei Beginn als bei Ende seiner Rede lebhaftes Beifallsgeläute. Candace erklärte, er sei doppelt stolz in diesem Augenblick, weil er vor Vertretern so vieler Nationen spreche und weil er als geistiger Sohn Frankreichs das Wort nehme. Er lobte den Rapport des Berichterstatters, bedauerte aber, daß dieser sich nicht mit den Kolonialländern befaßte. Diese Teile der Menschheit seien losgelassen noch in embryonischen Formen und seien sehr hilflos. Allein in Afrika wohnen 150 Millionen Menschen, die erst Menschen werden wollen. Sie seien Kinder, hätten keine Schulen, keine Möglichkeit zur Fortbildung und lebten in Dunkelheit. In dieser Bewegung schloß der Redner: Helft ihnen zum Licht. Gerechtigkeit, Solidarität, Brüderlichkeit der Völker sind nur leere Worte, so lange man nicht den Kolonialvölkern zum Licht verhilft.

Zur Tarifierhöhung verurteilt!

Der Spruch des Reichsbahngerichts.

Das von der Reichsbahngesellschaft und der Reichsregierung zur Entscheidung über den Streit um die Tarifierhöhung angesehene Reichsbahngericht hat folgendes Urteil gefällt:

„Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt, zu einem vom Reichsverkehrsminister zu bestimmenden maßgeblichen Zeitpunkt eine Tarifierhöhung für den Güter- und den Personenverkehr in einem Verhältnis von etwa 4:1 zu verlangen und in einem Ausmaß vorzunehmen, daß sie eine Mehrerlöse von 250 Millionen Reichsmark jährlich erzielen kann.“

Zu diesem Urteil hat das Reichsbahngericht eine längere Begründung gegeben, die vom Reichsverkehrsministerium ausgedrückt werden soll. Danach würden für das Jahr 1928 die Einnahmen bei 5110 Millionen und die Ausgaben bei 4417 Millionen Reichsmark angenommen. Es ergibt sich somit ein Betriebserlösüberschuss von 693 Millionen Reichsmark. Die Begründung nimmt nun an, daß diese Summe durch die gezielten Tarifveränderungen aufgebraucht wird, so daß für 1928 ein Fehlbetrag von 74 Millionen Reichsmark entsteht. Darüber hinaus werden Abschreibungen als notwendig erachtet, wodurch sich für 1928 insgesamt ein ungedeckter Bedarf von 480 Millionen Reichsmark ergibt.

Diese Berechnung fügt sich auf eine dem Bericht vorgelegene Gewinn- und Verlustrechnung der Reichsbahn für den 31. Dezember 1927, die, wie betont wird, „frei von kommerziellen Einwirkungen“ aufgestellt wurde. Danach wird der Bruttoüberschuss von 1269,7 Millionen Reichsmark mit 100,8 Millionen Reichsmark für die gezielte Ausgleichsmaßnahme, mit 61,6 Millionen Reichsmark für die Dividende auf Vorzugsaktien, mit 173,2 Millionen Reichsmark für den Gewinnvortrag und mit 934,1 Millionen Reichsmark für Abschrei-

bungen vermindert. Wie man zu diesen Summen gekommen ist, wird in dem veröffentlichten Auszug nicht mitgeteilt. Das ist bedauerlich; denn um diese Posten hat sich die ganze Debatte in den letzten Monaten gedreht. So wird zum Beispiel die Notwendigkeit, der gezielten Ausgleichsmaßnahme 100 Millionen Reichsmark zuzuführen, sehr bestritten. Die Reichsbahngesellschaft hat nämlich noch Sonderreserven gebildet. Vereint mit diese Sonderreserven mit der gezielten Maßnahme, so ergibt sich, daß die Reichsbahngesellschaft die gezielte vorgeschriebene Pflicht für die Ausgleichsmaßnahme bereits erfüllt hat. Auch die Höhe der Abschreibungen wird bestritten. Es wird gegenwärtig die Lebensdauer der Lokomotiven und des Oberbaues geringer als in der Vorkriegszeit angenommen. Die Erfahrungen haben jedoch bewiesen, daß die Lebensdauer höher angenommen werden kann. Die Errechnung der Kosten für die gezielte Ausgleichsmaßnahme und für die Abschreibungen erscheint mithin willkürlich. Damit steht und fällt aber das für das Jahr 1928 errechnete Defizit.

Merkwürdig erscheint in dem Auszug des Reichsverkehrsministeriums auch die Begründung für die angeblich schädliche Entwicklung der Reichsbahneinnahmen. Sie hat einen fatalen sozialen politischen Beigehalt und macht für die finanzielle Entwicklung „die Zeit 1928 durch die ganze deutsche Wirtschaft gehende Welle von Arbeitslosigkeit und gleichzeitiger Erhöhung von Gehältern und Löhnen“ verantwortlich. Diese Argumentation verkennt derart die Veränderungen der letzten Jahre in der Arbeitstechnik, daß man sie beim besten Willen nicht ernst nehmen kann.

Die vom Reichsbahngericht diktierte Tarifierhöhung bringt nebenbei auch der Schwerindustrie und den Agrariern einen nicht unbeträchtlichen Vorteil. Bei der kommenden Regelung sollen Brennstoffe, Steuern und Ertrag (sowohl der Industrie als der Landwirtschaft) nach einer Schonung des Berufsverkehrs. Inwiefern die Reichsbahngesellschaft dem nachkommt, werden wir in der nächsten Zeit sehen.

Das Kapitel vom Schienenstrang.

In Bayern entgleist wieder ein Zug!

SPD. München, 28. August. Die Lokomotive des in voller Fahrt befindlichen D-Zuges Linde-Augsburg entgleiste am Montag zwischen den Stationen Gänzasch und Wildpolzried bei Kempten. Die Ursache des Unfalles ist noch unbekannt.

Mehrere Reisende wurden verletzt.

Der Verkehr konnte nach 25-minütiger Unterbrechung wieder aufgenommen werden.

Von Rädern zermalmt.

Entsetzlicher Unglücksfall einer Pflegerin.

WZ. Gaffersdorf, 27. August. Am Sonntagabend ereignete sich auf dem Bahnhof Gaffersdorf der furchtbare Unfall einer Pflegerin. Die Pflegerin Helene Jenz hatte eine ihr befreundete Dame zur Station begleitet. Sie stieg mit ihr in den Zug, hielt sich dort aber zu lange auf und sprang, als sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, in verkehrter Richtung ab.

Dabei geriet sie unter die Räder und es wurden ihr Arme, Beine und Kopf abgefahren.

Ein Eisenbahnunfall wird gefilmt.

Die Einwohner des kleinen Städtchens Walsdorf in der Gegend von Gaffersdorf, die die Daily Mail berichtet, vor einigen Tagen Gelegenheit, Augenzeugen eines wohl vorbereiteten Eisenbahnunglücks zu sein, das von den Gainsborough Pictures Ltd. für einen Film „The Wreckers“ in Szene gesetzt wurde. Im Falle eines Unglücks liegt unweit der Walsdorf-Hall Farm eine Kreuzung mit einem Bahnübergang. Auf die Schienen wurde nun ein Lastwagen gefahren, der mit Dynamit und Ballast beladen war. In einiger Entfernung von der Kreuzung wurden dann Schindelspielfiguren für die Operatoren eingebaut. Während die Schindelspielfiguren vor einer Linde aus mit zahlreichen von allen Seiten herbeigeströmten Einwohnern der Ent-

wicklung der Dingen harrten, fuhr ein aus einer Maschine und sechs Personenwagen der Southern Railway zusammengesetzter Zug auf die Linde zu. Kurz vor der Ankunft auf der Höhe stellte ein Lokomotivführer der Southern Railway die Maschine auf Vollbrems und sprang dann selbst ab. Der furchtbare Zug fuhr mit steigender Geschwindigkeit herauf und mit furchtbarem Getöse auf den Dynamitwagen. Die Ladung explodierte, und wenige Sekunden später bildeten sich ein riesiger Feuerball und eine riesige Welle aus glühenden Schindelspielfiguren, die in alle Richtungen flogen. Die Schienen wurden durch den Aufprall des Lastwagens auf die Schienen zerstört. Die Lokomotive und die Personenwagen wurden in die Höhe geschleudert. Die Pflegerin Helene Jenz wurde unter den Rädern zermalmt. Der Unfall wurde von den Gainsborough Pictures Ltd. für einen Film „The Wreckers“ in Szene gesetzt.

Freier und Banditen.

Unbekannte Banditen haben im Schnellzug Paris-Brest während der Nacht einen 35-jährigen Marineoffizier zum Kreuzer „Lorraine“ überfallen und aus dem Fenster des fahrenden Zuges geworfen. Man fand den Offizier einige Stunden später mit schweren Kopfverletzungen zwischen den Gleisen bewußtlos auf. Kurz nach dem Überfall war der Schnellzug Paris-Brest über ihn hinweggefahren, ohne ihn zu berühren. Die Banditen sind unerkannt entkommen.

Auf der Eisenbahnstrecke Walsdorf-Miltenberg fand ein Streckenwärter in den Stofäden eines Schienenstranges Eisenfelle, die von fremder Hand eingeklemmt waren. Als Täter wurde der 15-jährige Lehrling Alois Schmitt aus Obernau ermittelt. Der Verhaftete hat die Freisetzung eingestanden.

Die Aussperrung in der Bekleidungsindustrie.

Die Aussperrung ist in Berlin und im Reich nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen aus Breslau, Elberfeld, Stuttgart, Frankfurt a. M., Mainz, Saarbrücken, München, Ostfildern und Leipzig im großen und ganzen durchgeführt. Sie umfaßt alle Arbeiterkategorien des Schneiderberufs, also auch die Zuschneider, Näherinnen usw. Exakte Zahlen über den Umfang der Aussperrung können im Augenblick noch nicht angegeben werden.

Trotzdem die Arbeitgeber überall dort, wo ihr Verband Ortsgruppen und Mitglieder hat, dem Aussperrungsbeschluss nachgekommen sind.

Nicht die Arbeitgeberfront nicht fest.

Es ist heutzutage, daß in verschiedenen Orten und Betrieben den ausgesperrten Heimarbeitern nahegelegt wurde, sie möchten doch noch eine Reihe von Arbeiten, vor allem halbfertiger Waren, im Laufe der Woche fertigstellen. Die Arbeitnehmer lehnen das ab. Bei den Unternehmern, die ausgesperrt haben, wird keine weitere Arbeit angenommen oder zu Ende geführt. Die Unternehmer, die nicht ausgesperrt haben, werden von den Arbeitnehmerorganisationen nicht angegriffen. Mit den Augen der Arbeitgeber ist an verschiedenen Orten bereits eine

Einigung in der Lohnfrage

erzielt worden. Eine ganze Anzahl Aufseherleiter hat sich unterworfen. Die Annahme des Schiedsspruchs bereitete keine Schwierigkeiten. Weitere Verhandlungen zur Einigung mit den Aufseherleitern sind im Gange.

Damit ist die Behauptung der Arbeitgeber, der Schiedsspruch sei für sie nicht tragbar, widerlegt. Doch der Schiedsspruch ist noch nicht in Kraft getreten. Er geht aus aus dem merkwürdigen Verhalten eines Teiles der Arbeitgeber hervor, die zum Beispiel Zuschneider nach Hause schicken und überlassen bereitwillig ihnen die Kündigungsgeld bezahlen. Man zählt und verzweifelt auf die Arbeit.

Das können sich nur Leute leisten, die Geld haben.

Nach außen hin möchten die Geschäftsinhaber mit ihrem Vorgehen den Anschein erwecken, als ob sie keine Arbeit hätten und froh wären, daß sie ihre Leute los sind. Wer soll ihnen das glauben? Bei einer Kündigungsfrist von 14 Tagen machen die unglücklich gezeigten Beiträge fast genau die Lohn- und Zuschneider aus. Die Arbeitgeber wären, wie man aus diesen Vorgängen erkennen kann, also sehr wohl in der Lage, die Lohn- und Zuschneider eine Lohnzahlung in zwei Etappen im Schiedsspruch zu erhalten. Es ist ja auch zu berücksichtigen, daß der Schiedsspruch nur eine 5% Erhöhung für die Arbeiter bringt. Erst ab 1. November steht der Schiedsspruch eine etwa 10% Erhöhung der Löhne vor.

Was bedeuten die 11 %

auf den niedrigen Lohnstand in der deutschen Herrenkonfektion? In Berlin und Hamburg werden die gegenwärtigen Stundenlöhne, die nach Tarifverträgen von 80 bis 92 ¢ gestuft sind, eine Erhöhung auf 92 bis 102 ¢ erfahren. In der Städtegruppe 2, in der sich die großen Industrieplätze der deutschen Herrenkonfektion befinden, wird der heutige Lohn von 75 bis 82 ¢ auf 85 bis 92 ¢ erhöht. Für Breslau, Braunschweig, Magdeburg, Altschiffenburg,

Mörder Oberegens in New York?

WZ. New York, 27. August. Die Bundesregierung behauptet, daß Haftbefehle gegen sechs Amerikaner erlassen, die angeblich in New York aufstanden und von der mexikanischen Regierung in Verbindung mit der Ermordung Oberegens an anderen Verbrechen gefaßt worden.

Mord und Brand in Südbanien.

Verschärfung des Kroatenrechts.

SPD. Wien, 28. August. Die Bevölkerung von Agron wurde am Montag in eine neue ungeheure Aufregung versetzt. Am Nachmittag brach in dem Heim der kroatischen Bauernpartei an verschiedenen Stellen ein Brand aus, der erst nach dreistündigen Bemühungen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. In allen Bevölkerungsteilen in Agron ist man fest überzeugt, daß Brandstiftung vorliegt.

Die Täter hoffen es offensichtlich auf eine neue Verlesung der kroatischen Bevölkerung abgeben; denn der Brand wurde zunächst den Tänzern von Schellen, die nach dem Verfall der kroatischen Bauernpartei niedergelegt waren. Der Festball der Kroaten war in ein „Kroatisch-Heiligtum“ umgewandelt worden. Wurden sowohl die Schellen als

das „Kroatisch-Heiligtum“ ein Opfer der Flammen.

Im Montagabend durchzogen große Mengen aus Protest auf Straßen Agrons: „Nieder mit der Regierung in Belgrad!“ war die hauptsächliche Rufe der Demonstranten. Jemandem, der sich nicht zu vernehmen.

Auch Margies sollte befreit werden.

Der Sekretär eines kommunistischen Abgeordneten befreit.

SPD. Bochum, 27. August. Der vor Jahren wegen Erschießung eines Polizisten hingerichtete kommunistische Parteimitglied des Jahres 1919 vom Schwurgericht Bochum zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt kommunist Martin Margies ist auf Grund der letzten Amnestie zu 7 1/2 Jahren Gefängnis begnadigt und in Bochumer Zentralgefängnis überführt worden. In Kreisen der kommunistischen Partei waren schon immer Bestrebungen im Gange, nach dem Beispiel von Berlin-Moabit, Margies zu befreien.

Vor einigen Tagen meinten zur Vorbereitung dieser Aktion einige Führer der kommunistischen Parteizentrale aus Berlin Bochum. Der Plan einer Befreiung des Margies aus dem Zuchthaus in Münster war durch den Abtransport nach Bochum durchkreuzt worden. Die in Münster, verurteilte auch Bochum sich der Hilfe der Gefangenenausschüsse zu bedienen. Im Bochumer Zentralgefängnis in Dienst befindliche Gefangenenausschüsse P. wurde in seiner in Bochum-Gefängnis gelegenen Wohnung wiederholt von Personen angegriffen, die ihm für den Fall einer Befreiung des Margies eine Belohnung von 2000 Reichsmark in Aussicht stellten. Dieses Angebot hat der Beamte rundweg abgelehnt. Gelegentlich einer Streikbahnfahrt von Gerdorf nach Bochum wurde P. wiederum von den gleichen Personen bedrängt. Er benutzte die Gelegenheit, die Bochumer Polizei, der es jedoch nicht mehr gelang, die in der Straßenbahn weitergeführten Kommunisten zu erreichen, der Straßenbahn weitergeführten Kommunisten zu erreichen. Erst jetzt war es möglich, den Sachverhalt zu klären. Zu fallen. Nachdem er anfänglich jede Angabe über seine Person und seine Wohnverhältnisse, räumte er nach behördlicher Feststellung seiner Personalein, der Sekretär eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten sein. Damit dürfte sich der Verdacht bestätigen, daß die Zentral- und in Berlin beschuldigte die den Schuß der Kommunisten gegen den Abgeordneten der kommunistischen Parteiensaktionen den Befreiungsaktionen nicht fernhalten. Einzelheiten der Verhaftung der Gefangenenausschüsse wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Das unerreichte, wissenschaftl. begründete Mittel für den Haarwuchs. Ärztlich empfohlen gegen Haarausfall und Koppschuppen. Zugleich das frischende und ideale Pflegemittel für die Frisur, von höchster Eleganz der Duftkomposition.



Gesundes Haar durch Dr. Dralle's Birkenwasser

Mehr Licht!

Die Gefrierfleischverteilung.

Bezirksübung der Arbeiter-Samariter.

Die Kriegsächtung in der Schule.

Die Weissenfluh-Mascherade.

Das Serienparlament hat getagt.

Senatsantworten und Senatsvorlagen.

Neupflasterung des Beddeler Marktplatzes.

Die Lehrerschaft zum Berufsausbildungsgesetz.

I. Umfang und Inhalt:

ment hat gesagt.

Spende bewilligt worden.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Kleingärtner erfreuen Krankenhauspatienten mit Blumen-
spenden. Der als gemeinnütziger Verein anerkannte „Klein-
gärtnerbund Waltersdorf“ hat vorantreibt, dass die Son-
nengärten der Waltersdorfer Jung- und Mädchen des Bundes über-
reichen den Patienten, denen der Hofangegang liegenden Kranke
anfallen (Säulenkrankhaus, Institut für Schiff- und Tropen-
krankheiten, Israelisches Krankenhaus und Krankenhaus Ver-
lehen) blühende Blumenpenden, die überall dankbar entgeg-
genommen wurden. Die zu geschäftsdollen Sträucher gebunden
Kinder Floras waren in so großer Zahl von den Mitglie-

Neue Bücher.

Handbuch der Musikwissenschaft. Herausgegeben von Dr. Ernst Härtel, Professor an der Universität Köln. Akademische Verlagsgesellschaft, Altona a. d. B., Wildpark, Potsdam.

Das Bedürfnis der Zusammenfassung ist auf keinem Gebiete größer geworden als auf dem der Musikwissenschaft. Die Forschung hat hier in den letzten Jahrzehnten ein erdrückendes Material angehäuft, dessen Sichtung und Klärung allmählich zur Lebensunwendigkeit herangewachsen ist. Das vorliegende großzügige Unternehmen mag den ersten Versuch einer Synthese an die Hand von Einzeldarstellungen in sich geschlossener Gebiete durch bedeutende Musikgelehrte und Schriftsteller der Gegenwart. Von den bisher vorliegenden zehn Lieferungen gelten sechs der „Musik des Rokoko und der Klassik“ durch den oben genannten Herausgeber des Gesamtwerks, während die andere „Die moderne Musik seit der Romantik“ behandeln. Hier ist Dr. Hans Merzmann der Verfasser. Obwohl beide Teildarstellungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, zeigen sie schon sehr durch die Klarheit und Uebersichtlichkeit der Einordnung und die Bestimmtheit der kritischen Würdigung imponierende Jenseits. Ein reiches Anschauungsmaterial in Form zahlreicher, sorgfältig ausgewählter Abbildungen, die zum Theil des Rokoko der Uebersetzung zum noch sehr ansehnlicher künftiger Seelenanfänge, die in Härtels Band die richtigste Beleuchtung und Auslegung erfahren. Zu den Ausföhrungen Dr. Hans Merzmanns über moderne Musik kommt als ein befriedigender, gar nicht hoch genug zu veranschlagender Vorzug die Freiheit und vollkommene Unabhängigkeit seines kritischen Urtheils dazu, es sind dort über Wagner oder Strauß Versicherungen zu finden, zu denen die Fachpresse in seltensten Augenblicken, die Tagespresse im Durchschnitte überhaupt bisher den Mut nicht gefunden hat. Man darf die Weiterentwicklung der hervorragenden Unternehmung mit gespanntem Interesse verfolgen.

S. 6

